

Im FDP-losen Bundestag könnte die Linke wirtschaftliche Freiheit endlich als das definieren, was sie für die arbeitende Mehrheit sein sollte: Befreiung von ökonomischer Abhängigkeit und Sicherung von Teilhabe und Mitbestimmung. Doch genau hier liegt ihr Problem.

Die meisten Linken verstehen Freiheit nicht, weil sie kollektivistisch denken. Sie sehen den Staat als zentralen Akteur und übersehen dabei, dass wirtschaftliche Freiheit nicht nur durch Umverteilung entsteht, sondern auch durch die Möglichkeit, ohne permanente Abhängigkeit von Bürokratie und sozialen Sicherungssystemen ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Für sie bedeutet Gerechtigkeit oft Gleichmacherei statt gerechter Chancenverteilung.

Dabei ist die Idee einer sozialen Marktwirtschaft keine Erfindung neoliberaler Kreise, sondern ein Versuch, wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden. Wer diese Balance einseitig zugunsten des Staates verschiebt, schafft keine gerechtere Gesellschaft, sondern eine kontrollierte. Der Irrglaube, dass der Staat immer der bessere Verwalter sei, verhindert, dass Menschen eigene Wege gehen können. Und genau hier hätte eine moderne Linke die Chance, aus dem Schatten ihrer eigenen Geschichte zu treten.

Wer den Liberalismus der Eliten kritisiert, darf nicht selbst zum Vormund werden. Doch genau das tut die Linke. Sie redet von Befreiung, aber setzt auf Kontrolle und Regulierung, die oft jene ausbremst, die ohnehin schon wenig Spielraum haben. Gerade dort, wo Flexibilität, Gründungsgeist oder Eigenverantwortung gefragt wären, setzt sie auf staatliche Normierung, auf Gleichheit über Gerechtigkeit, auf Verteilung statt Befähigung.

Die Folge: Eine Politik, die vorgibt, die Schwächsten zu schützen, aber oft genau jene abhängig hält. Eine Politik, die vorgibt, Chancen zu schaffen, aber durch ihr Misstrauen gegenüber Eigeninitiative gerade diese Chancen verbaut. Wer den Menschen nicht zutraut, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, wird nie eine Politik der Emanzipation gestalten können.

Ich war lang genug in der Linken, um zu wissen, wie sie tickt. Ich bin links sozialisiert, aber nicht mit jener mitteleuropäisch-akademischen Selbstgewissheit, sondern mit einem südländischen Blick auf das Leben: freiheitsliebend, solidarisch, aber auch misstrauisch gegenüber übergriffigen Institutionen, egal ob Markt oder Staat. Ich habe erlebt, wie linke Politik helfen kann – aber auch, wie sie Menschen entmündigt, wenn sie ihnen nicht vertraut.

Eine moderne Linke müsste verstehen, dass wirtschaftliche Freiheit eine soziale Frage ist. Dass es nicht darum geht, den Markt sich selbst zu überlassen, sondern darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Menschen selbstbestimmt leben können. Dazu gehört ein funktionierendes Bildungssystem, das nicht verwaltet, sondern befähigt. Dazu gehört ein Sozialstaat, der nicht kleinhält, sondern aufrichtet. Und dazu gehört eine Kultur, die Vielfalt nicht nur feiert, sondern ihr auch Raum gibt, sich wirtschaftlich zu entfalten.

Doch stattdessen verheddert sich die Linke in dogmatischen Debatten, in einer Verwaltung von Ansprüchen und einer tiefen Skepsis gegenüber allem, was nicht plan- und kontrollierbar ist. Wer den Menschen nur als Schutzobjekt denkt, aber nicht als Gestalter, wird am Ende beides verlieren: Gerechtigkeit und Freiheit.

Eine Linke, die wirtschaftliche Freiheit als soziale Frage begreift, könnte Geschichte schreiben. Doch sie bleibt gefangen in einem Denken, das Staatseinfluss mit Gerechtigkeit verwechselt. Sie führt den Begriff der Freiheit im Mund, aber nicht im Programm. Sie fordert Teilhabe, bietet aber nur Verwaltung. Deshalb wird sie diese Chance wohl nicht nutzen.